Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 42 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 19. Februar 1930

Das Kabinett Dr. Bünger gestürzt

(27. Sitzung.) CB. Dresden, 18. Februar.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung, der von dem Abg. Renner (Komm.) begründet wird.

Abg. von Killinger (Nat.-Soz.) erklärt, seine Partei habe die Regierung Bünger so lange wie möglich gestützt. (Die weiteren Ausführungen gehen im Lärm der Kommunisten vollständig unter. Der Abg. Renner erhält zwei Ordnungsrufe.) Die sächsische Regierung hätte sich bei der Abstimmung über den Young-Plan wenigstens der Stimme enthalten müssen, denn drei Viertel des Landtages seien gegen den Young-Plan. Die Regierung habe die von seiner Partei gestellten Bedingungen abgelehnt, nun trage sie selbst die Verantwortung für die Folgen.

Hierauf gibt Ministerpräsident Dr. Bünger eine Erklärung ab, in der er die Haltung der sächsischen Regierung zum Young-Plan begründet. Das Kabinett hat, so führte er aus, in der ernsten Stunde, in der es über die Stimmabgabe im Reichsrat zum Neuen Plan beriet, sich gänzlich

frei gemacht von parteipolitischen Erwägungen.

Es hat es auch abgelehnt, mit einer Stimmenthaltung den Schein der Unentschlossenheit oder der Hemmung durch taktische Rücksichten hervorzurufen. Einzig und allein war für jedes einzelne Kabinettsmitglied die Frage entscheidend, ob die Zustimmung zum zweiten Haager Abkommen eine unabweisbare Notwendigkeit war. Das Kabinett hat diese Frage bejaht. Dr. Bünger führte dann Gründe für die Annahme an, die den Young-Plan als das kleinere Übel erscheinen lassen. Aber das alles, so fuhr Dr. Bünger fort, die oft wiederholte Abwägung zwischen den Lasten des Dawes- und denen des „Neuen Planes“ war für das Kabinett nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend war vielmehr das Bewußtsein, daß das Reich sich in einer überaus schweren Zwangslage befindet, weiter die Überzeugung, daß, wenn der eingeschlagene Weg nicht weitergegangen werde,

der wirtschaftliche und der politische Zusammenbruch des Reiches

in nächste Nähe gerückt seien. Wir geben zu, daß der Neue Plan kein großer deutscher Erfolg ist, ja, daß er in manchen Punkten, so im Transfersystem, eine Verschlechterung gegenüber dem Dawes-Plan bedeute. Auch wird kein Mensch dafür einstehen wollen, daß wir die uns darin angesonnenen Tribute auf alle Zeit leisten können. Zu wünschen wäre es, daß uns eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit mit klaren Worten zugestanden wäre, daß wir nicht so sehr auf eine künftige bessere Einsicht der Gegner angewiesen wären. Höher als mein Verbleiben im Amt des Ministerpräsidenten steht mir doch mein Selbstachtungsbedürfnis; und in den nationalen Gewissensfragen kann ich meine Haltung nicht von Mehrheiten bestimmen lassen. Die Regierung, so schloß der Ministerpräsident, überläßt es Ihnen,

ob sie dem Anstoß der Kommunisten folgen

und das Kabinett stürzen wollen. Seine Mitglieder werden sich auf alle Fälle bewußt bleiben, daß sie nach ihrer besten Überzeugung gehandelt haben.

Abg. Büchel (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten für den Young-Plan seien, so lange es nichts Besseres für ihn gäbe. Sie hätten aber keine Veranlassung, das Kabinett Bünger gegen seine eigenen Freunde zu schützen, und würden deshalb für den Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. Kaiser (Wirtschaftsp.) erklärte, die Wirtschaftspartei bedauere es, daß sich die Nationalsozialisten zu Mithelfern der Kommunisten gemacht hätten. Sie würden gegen den Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) erklärt, die vorgebrachten Gründe reichten für seine Partei nicht aus, der Regierung ihr Mißtrauen zu bezeugen. Sie haben aber auch kein Vertrauen zu einer Regierung, die sich auf so unsichere Elemente stütze. Es müsse eine Regierung auf breiter Grundlage gebildet werden. Seine Partei werde sich der Stimme enthalten.

Abg. Siegert (Dtn.): Der kommunistische Antrag sei sehr oberflächlich. Die Regierung hätte Gelegenheit gehabt, sich dem Young-Plan gegenüber neutral zu verhalten. Sie habe nicht einmal vorher mit den Regierungsparteien Fühlung genommen. Der Ministerpräsident könne nicht erwarten, daß die Deutschnationalen ihre grundsätzliche Einstellung verließen. Den Antrag der Nationalsozialisten könnten seine Freunde nicht ablehnen. Sie seien aber bereit, in neue Verhandlungen über die Bildung einer Regierung auf der bisherigen Grundlage einzutreten. (Heiterkeit des Hauses.)

Nach weiterer Aussprache, die im ganzen etwa vier Stunden dauerte, erfolgten die Abstimmungen, die namentlich vorgenommen wurden. Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Deutsche Volkspartei und die Nationalsozialisten. Demokraten, Altsozialisten und Volksrechtler enthielten sich der Stimme.

Dagegen wurde der nationalsozialistische Mißtrauensantrag mit 53 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen, des Landvolks und der Nationalsozialisten angenommen. 24 Nein-Stimmen gaben ab die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Die Demokraten, die Volksrechtler und die Altsozialisten enthielten sich wiederum der Stimme. Der Präsident erklärte hierauf die Annahme des nationalsozialistischen Mißtrauensantrages, was auf der Linken mit lebhaftem Beifall begleitet wurde. Ministerpräsident Bünger gab darauf den Rücktritt bekannt. Das Kabinett wird bis zur Bildung einer neuen Regierung die Geschäfte weiterführen.

Ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages

Dresden, 18. Februar. Die Kommunisten haben einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht.

Wie es zur Krisis kam

Diesmal ist es wirklich Ernst geworden. Unendlich viel Mißtrauensanträge sind in den letzten Jahren im Sächsischen Landtage verhandelt worden, alle aber sind erfolglos geblieben, bis jetzt ein solcher Antrag auch aus den Reihen der Parteien kam, die die Regierung stützten. Damit war ihr Schicksal sofort entschieden, verfügt die Opposition, die stets zum Regierungsstürzen bereit ist, doch beinahe über die Hälfte der Landtagssitze, so daß wenige Stimmen von der anderen Seite genügen, um ihr die Mehrheit zu verschaffen. Es konnte sich also nur noch darum handeln, daß die Nationalsozialisten ihren Antrag wieder zurückzogen. Sie waren bereit dazu, doch stellten sie ihre Bedingungen. Und weil die Regierung diese Bedingungen nicht erfüllen wollte und wohl auch nicht erfüllen konnte, ohne nicht offen vor den Nationalsozialisten zu kapitulieren und ihre eigene Haltung — die Abstimmung im Reichsrat — zu desavouieren, mußte das Unheil seinen Lauf nehmen.

Sehr wohl ist niemand bei dem Ausgang dieser Krisis, auch denen nicht, die sich als Sieger bezeichnen müssen. Eine kurze Schilderung, wie es dazu kam, erscheint noch einmal angebracht. Daß der sächsische Vertreter im Reichsrat eine Jastimme zum Young-Plan abgab, beruhte auf einem Beschluß des Kabinetts,

Ministerpräsident Bünger.

der mit Mehrheit — anscheinend gegen die einzige Stimme des deutschnationalen Wirtschaftsministers — gefaßt worden war. Natürlich waren die Deutschnationalen darüber sehr verstimmt, da sie sonst ja schärfste Gegner der Haager Gesetze sind. Dieser Mißstimmung gab ihr Fraktionsvorsitzender in einer Besprechung der Regierungsparteien unverhohlen Ausdruck und er drohte in der Erregung des Augenblicks sogar mit der Zustimmung zu dem kommunistischen Mißtrauensantrag. Daß diese Drohung nicht so ernst gemeint war, hat man hinterher erfahren. Aber als sie ausgesprochen wurde, stutzten die Nationalsozialisten, die sich bisher völlig zurückgehalten hatten, und nun brachten sie selbst ihren Mißtrauensantrag ein, worüber wieder die Deutschnationalen bestürzt waren. So ist man in die Krisis „hineingeschlidert“ . . .

Hatte man noch auf die Sozialdemokraten gehofft, da sie selbst ja energische Anhänger des Young-Planes sind, so machten diese sofort einen Strich durch die Rechnung. Und so steht man heute vor den Trümmern. Auf die Frage, was nun werden soll, weiß niemand eine überzeugende Antwort zu geben. Klar scheint nur zu sein, daß die Grundlage des alten Kabinetts, die ja schmal genug war, nicht wieder zum Aufbau einer neuen Regierung benutzt werden kann. Die Koalition mit der Sozialdemokratie wird von manchen Seiten warm empfohlen und auch die Sozialdemokraten scheinen nicht übel Lust zu haben, dieses Experiment zu unternehmen. Aber sie weisen auch sofort auf ihr „Mindestprogramm“ hin. Große Aussicht auf Verwirklichung solcher Koalitionswünsche besteht also keineswegs. Wahrscheinlich werden wieder viele Wahlgänge der Ministerpräsidentenwahl erfolglos sein und inzwischen wird die Regierung Bünger weiter als Geschäftskabinett im Amte bleiben. Ein Dauerzustand kann das freilich nicht sein. Daß dann Neuwahlen den einzigen Ausweg bilden, ist auch heute noch am wahrscheinlichsten. Nur ist nicht zu erwarten, daß Neuwahlen eine wirkliche Änderung der Lage bringen könnten. Man weiß weder aus noch ein . . .

Sehr dankbar dürfte das sächsische Volk für diese Krisis nicht sein. Und man versteht das um so eher, wenn man sich überlegt, daß Regierung und Landtag nun aus wichtigsten Arbeiten herausgerissen sind. Die Beratung des neuen Etats stand unmittelbar vor der Tür! Wann wird sie nun durchgeführt werden können? Von diesem oder von einem neuen Landtage?

Die Schwierigkeiten des Etats 1930

Langsame Etatsvorberatungen.

Der Streit um die Arbeitslosenversicherung.

Die nächste Vollsitzung des Reichstages wird nach einem Beschluß des Ältestenrates am nächsten Montag stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen die für die abgesagte Mittwochsitzung vorgesehenen Gesetzentwürfe zur Verlängerung der Mieterschutzgesetze. Die Verschiebung der Reichstagssitzung hatte sich als notwendig erwiesen, da die Einzelberatung des Young-Planes im Haushalts- und Auswärtigen Ausschuß noch nicht so weit gefördert war, daß das Material für das Plenum verhandlungsreif war.

Inzwischen sind auch die Verhandlungen über die Gestaltung des Etats vorangeschritten. Das Reichskabinett beschäftigte sich in einer Nachtsitzung mit dem Haushaltsplan 1930. Nach einer offiziösen Verlautbarung hat sich das Kabinett über die Ausgaben des Etats in allen wesentlichen Punkten geeinigt, dagegen ist die Deckungsfrage für einzelne Etats noch nicht entschieden.

Beim Etat des Reichswehrministeriums einigte sich das Kabinett dahin, keine Rate für den Panzerkreuzer „B“ einzustellen. Dagegen hat der Reichswehrminister höhere Beiträge für Ausrüstungszwecke und für Reichswehrübungen durchgesetzt.

Verabschiedet wurde auch der Etat des Verkehrsministeriums, an dem Abstriche gemacht worden sind. Nicht erledigt ist der Etat des Arbeitsministeriums. Es gab hierbei erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister, die noch nicht alle aus dem Wege geräumt sind. Mit gewissen Abstrichen an seinen Ressortforderungen glaubte Reichsminister Wissell sich nicht einverstanden erklären zu können. Er erklärte auch, die gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zustande gekommenen Beschlüsse des Kabinetts nicht vor dem Reichstag vertreten zu können. Hierdurch ist wieder eine außerordentliche Lage entstanden.

Die bedeutsamste Differenz ist im Kabinett noch nicht zum Austrag gekommen: der Streit um die Arbeitslosenversicherung. Das Kabinett wollte erst die Ergebnisse der erneuten Aussprache abwarten, an der mit Dr. Moldenhauer und Wissell die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien teilnehmen.

Notopfer für die Arbeitslosen?

Die Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Arbeitsminister und den Vertretern der Regierungsparteien über die Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung ergab, daß die Sozialdemokraten die Vorschläge des Reichsfinanzministers ablehnten.

Sie beharren dabei, daß die Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Beiträge in den Stand gesetzt werden müsse, ihre Verpflichtung zu erfüllen. Dem Reich sollen eventuell die Mittel zur Deckung des jetzigen Defizits durch ein Notopfer aller Festbesoldeten, die über 8000 Mark Jahreseinkommen haben, gewährt werden.

Unabhängig davon wurde aber der Finanzminister ersucht, mit den beiden Versicherungsanstalten für Angestellte und Invaliden sich in Verbindung zu setzen, um festzustellen, in welcher Höhe die beiden Anstalten Kredite ermöglichen können.

Schwierige Deckungsverhandlungen

Berlin, 19. Februar. Ueber die Deckungsfrage selbst ist im Kabinett nicht verhandelt worden. Dagegen ist es am Dienstag nachmittag im Finanzpolitischen Ausschuß der Regierungsparteien zu einer recht lebhaften Erörterung hierüber gekommen. Es scheint, daß der Reichsfinanzminister nun auch auf die bisherige „kleine“ Deckungsvorlage zu verzichten bereit ist. Statt dessen sollen in dem Schuldentilgungsfond nicht nur der 154 Mill. Fehlbetrag von 1929, sondern auch der Fehlbetrag aus der Arbeitslosenversicherung vom Jahre 1929 in Höhe von etwa 230 Mill. eingerechnet werden, so daß für die eigentliche Schuldentilgung nur noch 70

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF